Stellungnahme zum Haushalt 2018

UWG Rheine
die Alternative

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Frau Karasch,

sehr geehrte Herren des Verwaltungsvorstandes,

geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rates,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wenn ich meinen Beitrag zum Haushalt 2018 der Stadt Rheine heute auf ein Minimum reduziere, so hat das verschiedene Gründe. Einer davon ist der, dass ich als mutmaßlich fünfter und vorletzter Sprecher, der für seine Fraktion diese Stellungnahme abgibt, hier ans Rednerpult trete. Mir ist bewusst, dass ein insgesamt positives Resumee am Ende mir kein Alleinstellungsmerkmal beschert. Ich gehe davon aus, dass andere vor mir zu einem gleichen oder ähnlichen Ergebnis gekommen sind. Ich gehe weiter davon aus, dass sie mir die Kürze des Redebeitrags als Entgegenkommen beim schonenden Umgang mit Ihrer Lebenszeit und nicht als Desinteresse an der wichtigen Sache oder gar als Bequemlichkeit anrechnen.

Ich glaube niemand in dieser Versammlung hätte im Jahre 2014, also zu Beginn dieser Ratsperiode, die Prognose gewagt, dass der Bürgermeister mit dem Haushalt 2018 nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt vorlegt, sondern einen Haushalt, der –traut man den neuesten Wasserstandsmeldungen des Kämmerers und seines Teams-gleich einen Überschuss von gut 3,5 Millionen Euro bei der Einbringung im Herbst 2017, mittlerweile von rund 5 Millionen für das Jahr 2018 in Aussicht stellt. Die Ursachen für dieses finanzielle „Schönwetterhoch“ sind wesentlich den nicht nur in Rheine reichlich sprudelnden Steuerquellen zuzuschreiben, die letztlich auf die nun schon lang anhaltende gute Konjunktur zurückzuführen sind. Es soll aber nicht unerwähnt bleiben, dass die von diesem Rat mit Beginn der laufenden Ratsperiode in großer Einmütigkeit getätigten Sparanstrengungen ebenfalls zu diesem Ergebnis beigetragen haben. Die schwarz-grüne Initialzündung „10 Millionen in 10 Jahren“ ist –freilich mit Unterschieden in Details- von einer überwältigenden Mehrheit dieses Rates begrüßt, gestaltet und mitgetragen worden. Das von Bürgermeister Dr. Lüttmann bei seinem Amtsantritt im Jahre 2015 propagierte „Neue Miteinander“ hat in diesen Sparanstrengungen eine Ausdrucksform gewonnen. Es wäre wünschenswert, wenn dieses „Ziehen an einem Strang“ von der Öffentlichkeit und der veröffentlichten Meinung wertschätzend zur Kenntnis genommen und honoriert würde.

Was ist geschehen?

Unsere Stadt hat sich in mehreren Bereichen in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt.

Ein Jahr Emsgalerie im September 2017:

Stellungnahme zum Haushalt 2018

Start: **gelungen**

Belebung des stationären Einzelhandels: **gelungen**

Attraktivität des Einkaufsstandortes: **deutlich gestiegen**

Auch bei der Revitalisierung des Rathauszentrums ist mit dem Erwerb der Hertiebrache ein erster Schritt getan, um die nächsten Schritte wird zur Zeit gerungen, die Chancen auf eine glückliche Entwicklung für die Gesamtstadt stehen so gut wie zu keinem Zeitpunkt seit der Schließung im Jahre 2009.

Bei dem nach zähen und schwierigen Verhandlungen mit der BIMA nun endlich übernommenen Areal der ehemaligen General Wever Kaserne stehen die Chancen nicht schlecht, dass hier in attraktiver Wohnlage ein stadtnahes Wohnquartier entsteht, das nicht nur begüterten Besserverdienern, sondern auch jungen Familien die Möglichkeit bietet, sich hier niederzulassen. Angesichts der schwindelerregenden Höhe der Miet- und Immobilienpreise in den Metropolen und Ballungsräumen unseres Landes macht es Sinn, wenn ein Mittelzentrum wie Rheine hier für Normalverdiener und weniger Begüterte ein gutes Angebot vorhält, mit der der Neuansiedlung junger Familien die demographische Kurve korrigieren kann und damit eine WinWin-Situation für das gesamte Gemeinwesen dieser Stadt ermöglicht.

Was bleibt zu tun?

Fortführung der Haushaltskonsolidierung lautet das Gebot der Stunde. Dies ist umso schwieriger durchzuhalten, je reichlicher die Finanzquellen sprudeln. Die UWG hofft darauf, dass die Initiatoren von „10 Millionen in 10 Jahren“ nicht müde werden, auf dem Weg, dieses Ziel zu erreichen. Unsere Unterstützung auf diesem Weg kann ich auch für die kommenden Jahre zusagen.

Unterschiedlicher Meinung sind wir nach wie vor bei der Bewertung der letzten enormen Erhöhung der Grundsteuer B auf 600 % Punkte. Wir konnten uns seinerzeit nicht durchsetzen mit der Forderung, die Grundsteuer B nur um den Satz zu erhöhen, der dem beschlossenen Einsparvolumen entsprochen hätte. Nun vernehmen wir zunächst vom Bürgermeister in der zweiten Jahreshälfte 2017 ein lautes Nachdenken über die teilweise Zurücknahme der Grundsteuererhöhung, vorgesehen für das Jahr 2020 – ein Wahljahr, ein Schelm, der Böses dabei denkt?

Die UWG fordert an dieser Stelle: **Gebt den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt zurück, was ihr ihnen genommen habt und zwar sofort!!!**

Die Argumentation gegen den in der HFA-Sitzung vom 19.12.2017 abgestimmten Antrag der FDP auf Absenkung der Grundsteuer B auf 550% Punkte, von der Linken und der UWG unterstützt, kann nicht wirklich überzeugen. Wenn der Fraktionsvorsitzende der CDU in dieser Sitzung argumentiert, man müsse zuerst die Schulden der Stadt abbauen, kann nicht wirklich überzeugen. Schulden wird diese Stadt weit über das Jahr 2020 hinaus haben, lieber Andre, zumal es sich zum großen Teil um langfristige Verbindlichkeiten handelt, die eben auch erst

langfristig abzulösen sind. Und auch die Argumentation der SPD, man müsse zunächst noch wichtige Projekte umsetzen, bevor die Grundsteuer wieder abgesenkt werden könne, hält einem Faktencheck nicht stand. Welches Projekt, liebe Genossen, konnte im vergangenen Jahr nicht umgesetzt werden, weil es am Geld mangelte. Ist es nicht vielmehr so, dass wir Mühe haben, die von Bund und Land bereit gehaltene Förderkulisse wirklich auszuschöpfen, weil die Verwaltung an die Grenzen ihrer Ressourcen stößt, die bereit stehenden Mittel für alle sinnvollen und notwendigen Projekte fristgerecht abzurufen? Wir fordern weiterhin eine Absenkung der Grundsteuer B und zwar sofort. Wenn wir glaubwürdig bleiben wollen gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, dass wir ihnen nur das abverlangen, was unbedingt zum Funktionieren eines finanziell solide aufgestellten Gemeinwesens gehört, ist dieser Schritt überfällig. Die Erfahrung, dass eine einmal von der öffentlichen Hand gefundene Einnahmequelle nicht wieder aufgegeben wird, machen die Bürgerinnen und Bürger mit dem längst überfälligen Solidarbeitrag Ost schon seit langem. Die sachliche Grundlage für diese zusätzliche Abgabe ist längst entfallen, der Staat gibt diese Einnahmequelle bisher nicht aus der Hand. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt endlich einen Teil dessen zurückgeben, was ihnen aus heutiger Sicht zuviel genommen wurde.

Die Entscheidung dazu ist leider schon im Dezember 2017 gefallen, die Steuerbescheide sind verschickt, es gibt keine Signale dafür, hier und heute die Steuersenkung bereits für 2018 umzusetzen. Aber ich sage schon jetzt: Betrachten Sie den Antrag auf Senkung der Grundsteuer B für das Haushaltsjahr 2019 bereits an dieser Stelle als eingebracht, auch wenn der formale Antrag dazu fristgerecht im Laufe des Jahres eingehen wird. Bis dahin hoffen wir durch fortlaufende Überzeugungsarbeit in Ihren Fraktionen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und SPD, auch die notwendige Mehrheit zu erreichen.

Abschlussbemerkung und Fazit:

Wie zuvor ausgeführt, befinden wir uns als Stadt Rheine in einer insgesamt positiven Entwicklung, die wesentlich auf die guten finanziellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, aber auch auf das konstruktive Zusammenspiel der Fraktionen und von Politik und Verwaltung zurückzuführen ist. Gerne erkennen wir das an, gerne sind wir zur Fortsetzung eines konstruktiv-kritschen Miteinanders bereit.

Nicht einverstanden sind wir mit der unnachgiebigen Einnahmepolitik, die in dem vorgelegten HH-Entwurf beschlossen wird. In diesem Punkt tragen wir die Verantwortung für den Haushalt 2018 bei sonst weitgehender Zustimmung nicht mit und werden uns bei der anstehenden Abstimmung der Stimme enthalten.